



Inhaltsverzeichnis

02.12.2025	Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung: Neue Schnellstraße von Greifswald nach Lubmin?	3
28.11.2025	taz.de: Schacht Konrad: Kosten für geplantes Atommüllendlager explodieren	5
01.12.2025	NDR: Atommüll-Lager: Erste Aufnahmen zeigen Fässer in Asse-Kammer 8a	6

Neue Schnellstraße von Greifswald nach Lubmin?

Macher des neuen Masterplans für Lubmin wollen Energiestandort besser anbinden

Ein Firmenbündnis will am Energiestandort Lubmin hunderte neue Jobs schaffen. Die Projektverantwortlichen wollen deshalb auch eine bessere Verkehrsanbindung, die kleine Orte entlasten soll.

Der neue Masterplan für Lubmin könnte viele Veränderungen für die Region bringen. Geht es nach den Projektverantwortlichen, soll darunter auch eine neue Schnellstraße sein, die den Energiestandort verkehrstechnisch deutlich besser anbindet.

„Wenn die großen Vorhaben und damit hunderte neue Jobs kommen, brauchen wir eine leistungsfähigere Infrastruktur“, sagt der Lubminer Unternehmer Gerold Jürgens. Er zählt zu den 25 Firmenchefs aus Vorpommern, die den Masterplan entwickelt haben.

Bessere Anbindung an A20 und Entlastung kleiner Orte

Die Idee sei, Lubmin besser an die A20 anzubinden und den Verkehr aus kleinen Orten, die auf der Strecke liegen, weitgehend herauszuhalten. „Was die exakt beste Trasse ist, prüfen wir derzeit“, betont Volker Höfs, Chef der Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH, der ebenfalls Mitglied der Masterplan-Initiative ist.

Auf jeden Fall soll die neue Straße nahezu direkt an die Greifswalder Ortsumgehung angebunden werden. Von dort

aus wird sie nach aktueller Planung hinter dem Eisenhain über Land Richtung Kemnitz führen und dort auf die bestehende L262 treffen. „Sinnvoll wäre es, dort dann auch eine Ortsumgehung für Kemnitz zu bauen, die ja schon seit längerem im Gespräch ist“, verdeutlicht Höfs.

Auch Greifswald-Eldena soll umfahren werden

„Neben Kemnitz würde auch Greifswald-Eldena umfahren, wo bislang noch viele Lkw rollen“, sagt Gerold Jürgens. Im weiteren Verlauf müsse zudem geklärt werden, ob die Straße dann bei Vierow südlich der Bahnschienen verlaufen kann, damit sie sich vom Ortskern des Seebades Lubmin entferne - und weiter im Landesinneren zum Energiestandort führt.

„Auf jeden Fall prüfen wir auch eine neue Trasse vom Lubminer Energiestandort auf kürzerem Weg nach Wolgast, die Orte wie Spandowerhagen, Freest und Kröslin umgeht“, verdeutlicht Jürgens, der auch Präsident des Unternehmerverbandes Vorpommern ist.

Kosten in Millionenhöhe erwartet

Wie viel neue Straße genau gebaut werden müsse, prüfe das Masterplan-Bündnis derzeit, sagt Höfs. Es dürfte sich aber um etwa 40 Kilometer handeln, die Kosten dafür liegen in Millionenhöhe. Dafür würden auch Fördermittel benötigt.

Voraussichtlich im Januar will die Initiative, die sich den Namen „Energiehafen Nordost“ gegeben hat, die Pläne im Regionalen Planungsverband Vorpommern erörtern. Mitglied hier ist auch Vorpommern-Greifswalds Landrat Michael Sack (CDU), der große Chancen im Masterplan sieht.

2000 neue Arbeitsplätze bis zum Jahr 2035 erhofft

Der „Energiehafen Nordost“ hofft bis 2035 etwa 2000 neue Jobs in Lubmin schaffen zu können - durch die Ansiedlung von Wasserstoff-Hubs, Gaskraftwerken, Wasserentsalzung, Wärmeversorgung, Dienstleistungen oder die Ansiedlung neuer Firmen, die von günstiger neuer Energie vor Ort profitieren.

Wörter: 443
Autor/-in: Alexander Loew
tmt6uczfxkxceiv1bs01kc6k
Seite: 9
Ressort: Greifswald Lokales (GRW1)
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Nebenausgabe
Auflage¹: 5.876 (gedruckt)
6.630 (verkauft)
7.236 (verbreitet)
Reichweite²: 0,03018 (in Mio)

¹IVW 3/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



taz.de

Schacht Konrad: Kosten für geplantes Atommüllendlager explodieren

28. November 2025 11:28 | Medienart: Online | Visits/Monat: 16.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Im Jahr 2002 erging die Genehmigung zur Umrüstung des ehemaligen Eisenerzbergwerks Schacht Konrad zum nationalen **Endlager** für schwach und mittelradioaktive Abfälle. Seitdem sind die kalkulierten Kosten für die Errichtung der unterirdischen Lagerstätte um mehr als das Vierfache gestiegen. Sie belaufen sich aktuell auf rund 6,7 Milliarden Euro, wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des Linken-Bundestagsabgeordneten Cem Ince aus Salzgitter hervorgeht. Die Antwort liegt der taz vor.

Bei Beginn der Arbeiten wurden die Kosten für die Umrüstung des Bergwerks offiziell noch mit 1,6 Milliarden Euro beziffert. In den Folgejahren bewegten sich die Kalkulationen kontinuierlich nach oben. Noch 2023 beliefen sie sich auf 6,3 Milliarden Euro. Die Kosten für den eigentlichen Bau des **Endlagers** gibt die Bundesregierung nun mit 5,8 Milliarden Euro an. 0,9 Milliarden Euro wurden demnach für die Planung und Erkundung vor Beginn der Errichtung aufgewendet.

Zusätzliche 165 Millionen Euro pro Jahr sind für den späteren Einlagerungsbetrieb kalkuliert, die Befüllung des **Endlagers** soll ungefähr 30 Jahre dauern. Die Regierung beruft sich bei ihren Angaben auf aktuelle Schätzungen der Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE).

„Das Projekt Schacht Konrad entwickelt sich zu einem Fass ohne Boden“, sagt Linken-Politiker Ince. Ein Ende der Kostenexplosion sei nicht absehbar. Bevor das Milliardengrab noch größer werde, müsse die Politik „endlich die Reißleine ziehen“. Auch der Zeitpunkt der Inbetriebnahme von Schacht Konrad hat sich immer weiter nach hinten verschoben. Ursprünglich war sie für 2013 angekündigt. Inzwischen geht die **BGE** von einem Einlagerungsbeginn „Anfang der 2030er Jahre“ aus.

Dabei ist unklar, ob das **Endlager** überhaupt den Betrieb aufnehmen kann. NDR und BR hatten zuletzt über Probleme mit dem niedersächsischen Wasserrecht berichtet. Dokumente legten nahe, dass Konrad möglicherweise gänzlich scheitern könnte. Unter den derzeitigen behördlichen Auflagen könne keine Einlagerung von **Atommüll** erfolgen.

Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel (CDU) sieht seine Bedenken durch die Recherchen der Sender bestätigt. „Es bringt nichts, an einem über 23 Jahre alten und somit heute völlig verfehlten Projekt, um jeden Preis festzuhalten“, sagte er. „Das kann weder richtig noch rechtskonform sein und ist den Menschen in unserer Region auch nicht vermittelbar.“

Beim Niedersächsischen Obergerverwaltungsgericht (OVG) in Lüneburg sind zudem Klagen der Umweltverbände BUND und Nabu gegen den Planfeststellungsbeschluss – also den Genehmigungsbescheid – von 2002 anhängig. Sie rügen, dass Konrad schon längst nicht mehr auf dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik gebaut werde.

„Wir haben mit unserem Antrag, gestützt auf wissenschaftliche und juristische Expertise, belegt, dass Schacht Konrad den Anforderungen an ein Endlager für radioaktive Abfälle nicht entspricht“, sagte die niedersächsische BUND-Landesvorsitzende Susanne Gerstner. „Deshalb müssen wir jetzt gerichtlich versuchen, eine Aufgabe dieses Projektes herbeizuführen.“ Wann über die Klagen verhandelt wird, steht nach Angaben eines Gerichtssprechers noch nicht fest.

Linkspolitiker Ince weist darauf hin, dass selbst bei einer Inbetriebnahme von Schacht Konrad der Platz darin nicht reiche, um alle schwach und mittelradioaktiven Abfälle aufzunehmen. Das Lager ist nämlich nur für bis zu 303.000 Kubikmeter Atommüll genehmigt. Sie stammen vor allem aus dem Betrieb und dem Abriss von Atomkraftwerken, zum kleineren Teil auch aus Forschung und Medizin.

Die aus dem havarierten Bergwerk Asse II zu bergenden Fässer im Gesamtvolumen von etwa 200.000 Kubikmeter sowie die Rückstände aus der Urananreicherung im westfälischen Gronau könnten dort nicht mehr eingelagert werden. Im „Nationalen Entsorgungsprogramm“ 2025 rechnet das Bundesumweltministerium damit, dass in der Bundesrepublik insgesamt bis zu 660.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiver Abfälle anfallen.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 NDR

Atommüll-Lager: Erste Aufnahmen zeigen Fässer in Asse-Kammer 8a

1. Dezember 2025 20:38 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Einige der Fässer seien verformt, weil Teile der Kammer-Konstruktion aus über zehn Metern auf die Atommüll-Behälter gestürzt seien, teilte die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) am Montag mit. "Trotzdem sehen die Fässer noch überwiegend gut und intakt aus", sagte die Vorsitzende der BGE-Geschäftsführung, Iris Graffunder. Die Fässer seien nicht aufgerissen und es seien keine Abfälle herausgefallen. Auf dem von der BGE veröffentlichten etwa einminütigen Video liegen die gelb lackierten

Fässer verteilt auf einem Haufen - Beschädigungen sind zu erkennen. Eine Spezialkamera hat die Bilder der BGE zufolge bereits am 19. November aufgenommen. Die Kamera wurde dafür durch ein vorhandenes Bohrloch in die Kammer 8a in 511 Metern Tiefe in der Schachtanlage Asse II hinabgelassen.

Die Aufnahmen entstanden unter anderem im Rahmen der Vorbereitungen für die Rückholung der radioaktiven Abfälle. Da in das ehemalige Bergwerk Wasser eindringt, sollen die Fässer geborgen werden. Was die neuen Videoaufnahmen für die Planung der Rückholung bedeuten, sei unklar und müsse nun ausgewertet werden, sagte Graffunder. In der Kammer 8a lagern der BGE zufolge 1.301 Fässer, darunter sind 1.293 Fässer mit "mittelradioaktivem Abfall" und 8 Fässer mit "schwachradioaktivem Abfall". Die Behälter wurden den Angaben zufolge zwischen 1972 und 1977 hinuntergelassen.

Der Antrag auf Erkundung der Kammer 8a wurde laut BGE bereits 2018 gestellt. Die Planung und Genehmigung mit anschließender Umsetzung der Genehmigungsaufgaben hätten allerdings mehrere Jahre gedauert. In dem früheren Bergwerk Asse lagern seit Jahrzehnten insgesamt rund 126.000 Fässer mit radioaktiven Abfällen, in insgesamt 13 Kammern. Im vergangenen August hatte die BGE bereits ein Video von Fässern aus Kammer 12 in 750 Metern Tiefe veröffentlicht. Nach jüngsten Plänen soll frühestens 2033 mit der Rückholung der Abfälle begonnen werden.

Dieses Thema im Programm:
